



Protokoll der Steuerungsgruppe Kinderschutz vom 29.05.2015

Ort:	Kreisverwaltung TF, Luckenwalde, Raum B 4-1-07
Zeit:	09:00-11:00 Uhr
Anwesende:	Karin Bührendt i.V. (R I), Gesine Siems (R II), Heike Krautz (R III), Olaf Lehnhardt i.V. (PI Luckenwalde), Janina Kolkmann (LSA), Raissa Erbis (GA), Maren Wolter (Soz.A) ab 09:30 Uhr, Swen Ennullat (AL JA) bis 10:15 Uhr, Ivonne Braune (Koord. FH), Marion Lindner (JA, SGL 51.3), Ria von Schrötter (JHA) ab 09:05 Uhr, Katja Wöller (OA) und Heike Becker-Heinrich (JA, KSK)
Entschuldigt:	Claudia Sponholz (PI Luckenwalde), Frank, Matzke (R I), Ines Dickhoff und Ines Dommann (R IV)
Protokollführung:	Heike Becker-Heinrich

Tagesordnung:

1. Begrüßung durch die amtierende Sprecherin der Arbeitsgemeinschaft

Frau Becker-Heinrich begrüßte die Anwesenden und leitet das Arbeitstreffen, da der Sprecher Frank Matzke erkrankt ist.

Sie verlas die Tagesordnung, es gab keinen Wunsch zur Änderungen oder Ergänzungen durch die anwesenden Mitglieder.

Es folgte eine kurze Vorstellungsrunde. 13 von 14 stimmberechtigten Mitgliedern (Vertretern) sind anwesend.

2. Information zu noch offenen Punkten aus dem Protokoll vom 20.02.2015

TOP 2- neue Mitgliederliste : Die neue Mitgliederliste wurde allen Mitgliedern und Stellvertretern am 12.05.2015 mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugesandt.

TOP 4, RII-Absprache: Die Absprache zwischen Frau Siems und Frau Lindner erfolgte nicht, da Frau Siems zunächst eine interne Klärung herbei führte, so dass der Gesprächsbedarf entfällt.

TOP 4, R III-Kitaplatzsituation: Die Information an Frau Gussow (JHP) bezüglich der schwierigen Kitaplatzsituation erfolgte durch Frau Becker-Heinrich. Deren Nachfrage vom 11.05.2015 an Frau Gussow und Frau Fermann (SGL 51.1) zur aktuellen Kitaplatzsituation in TF blieb bis zum 29.05.2015 unbeantwortet.

Über die Situation in der Stadt Luckenwalde fand im Februar 2015 mit allen Trägern der Einrichtungen, der Bürgermeisterin und dem Hauptamt eine gemeinsame „Krisensitzung“ statt. Herr Seifert (Amtsleiter) informierte über die aktuelle Inanspruchnahme von Plätzen im Vergleich zu den Prognosen im Bedarfsplan.

Im Ergebnis waren sich alle einig, dass auf Grund der aktuellen Bedarfssituation u. a. durch Zuzüge und Flüchtlinge Alternativen gefunden werden müssen. Der Vorschlag der Bürgermeisterin wurde begrüßt, sich mit dem Minister des MBS in Verbindung zu setzen, um sich dafür einzusetzen, dass für eine bestimmte Zeit eine Kapazitätserhöhung um 10% in jeder Einrichtung, ohne umfängliche Antragsverfahren, genehmigt wird.

Über diese Vorgehensweise wurde Frau Gussow (Jugendhilfeplanerin des Landkreises Teltow-Fläming) durch den Leiter des Hauptamtes, Herrn Seifert, in einem persönlichen Gespräch in Kenntnis gesetzt.

Im Antwortschreiben des Ministers im April 2015 wurde dieser Vorschlag jedoch abgelehnt und angeregt, dass die einzelnen Träger Anträge mit Begründung auf eine für eine Kapazitätserweiterung stellen sollten. Bisher ist dies noch nicht erfolgt.

Frau Krautz (Stadt Luckenwalde) übergab Herrn Ennullat (Amtsleiter Jugendamt) einen Antrag für einen Kitaneubau im Rahmen des Investitionsprogrammes U3 – Förderung.

TOP 4, Polizei-Verkehrserziehung: Herr Lehnhardt teilte mit, dass zur „Verkehrssicherheitsarbeit mit Asylbewerbern“ eine erste Beratung am 28.04.2015 im Kreishaus stattgefunden hat. Daran beteiligt waren Herr Katritzki und Herr Seidel (Fahrschulen), Herr Franke (Verkehrsgesellschaft TF und Verkehrswacht), Frau Streckert (Polizei Prävention) Herr Grosenick (Leiter Straßenverkehrsamt TF) und Herr Kohl (Sozialamt).

Es erfolgte eine Darstellung der aktuellen Problematik und Beratung zu Lösungsmöglichkeiten. Ergebnis ist, dass die Fahrschulen für die Erwachsenen zuständig sein sollen und die Polizei für die Kinder. Es soll ein Präventionskonzept erstellt werden, wobei die Anwesenden sich darauf verständigten, ein Pilotprojekt in einer Einrichtung in Luckenwalde zu starten und dann die Ausweitung schrittweise vorzunehmen. Zur Finanzierung sind die Förderfähigkeit zu beachten und ein Förderer zu finden.

Bisher stellen die fehlenden Sprachkenntnisse noch immer eine besondere Herausforderung der Arbeit dar.

Zur Zusammenarbeit sind vier Klärungspunkte benannt:

Standorte der Heime, Altersstruktur in den Heimen auflisten, Schulungsbedarf herausfinden, Gewinnung weiterer Multiplikatoren.

Aus Sicht von Frau Streckert ist die Einbeziehung der Revierpolizisten notwendig.

Die nächste Beratung findet am 02.06.2015 statt. Dazu sollen die Sozialarbeiter der Heime in Luckenwalde und Frau Lange (Erzieherausbilderin am OSZ TF) eingeladen werden.

TOP 4, Polizei-Jugendschutzstreife: Herr Lehnhardt teilte mit, dass zunächst die Region Havelland als Pilotregion für 2015 ausgewählt wurde, um das Modell der Jugendschutzstreife als gemeinsames Handeln von Polizei und Jugendamt zu erproben, da dort in diesem Jahr mehrere größere Veranstaltungen stattfinden. Für TF gibt es daher keine aktuellen Absprachen.

TOP 4, LSA-Vorkurse: Frau Kolkmann teilte mit, dass es zum neuen Schuljahr keine neuen Begrüßungsklassen geben wird. Am 27.04.2015 gab es mit der OS-Luckenwalde eine Beratung zur Erarbeitung einer neuen Konzeption und Maßnahmeplanung.

TOP 4, LSA-Ansprechpartnerin Migration: Frau Kolkmann gibt bekannt, dass Frau Knoppke als Hinzuziehung neu seit 26.05.2015 diese Aufgabe übernommen hat.

TOP 4, LSA-Termin zu KWG-Verfahren an Schulen: Frau Becker-Heinrich informierte die Anwesenden, dass ein neuer Termin am 09.06.2015 im LSA zum Thema stattfinden wird. Frau Kolkmann ergänzte, dass vom LSA auch Frau Spikermann und Frau Konppke teilnehmen werden.

TOP 4, LSA-Schulverweigerung: Frau Kolkmann hat die Kolleginnen im LSA informiert, die Mitteilungen per Mail an Frau Lindner sind in die Abläufe aufgenommen worden. Frau Lindner erhält inzwischen die Informationen. Die Kontaktaufnahme mit Frau Woeller fand noch nicht statt, erfolgt heute nach der Sitzung.

TOP 4, JA-Familienunterstützende Hilfen-muF: ALREJU hat inzwischen Überlastung angezeigt, inzwischen erfolgt bereits die Aufnahme der muF in umliegende ION-Einrichtungen, so auch 3 Jugendliche am vergangenen Wochenende in TF (Jüterbog).

Ab 01.01.2016 soll es eine neue Verteilerregelung geben, dabei besteht auch die Möglichkeit, dass es Schwerpunktjugendämter in vier Regionen geben könnte, teilte Herr Ennullat mit. Es wird mit einer Vervierfachung der Aufnahmezahlen gerechnet.

TOP 4, JA-Familienunterstützende Hilfen-Personal: nun ist mit Verspätung eine Stellennachbesetzung erfolgt. Die neue Kollegin, Frau Taubitz ist in Team II eingesetzt.

TOP 4, Netzwerk Kinderschutz-Website: die Aktualisierung der Website des Netzwerkes Kinderschutz steht noch aus, da die benötigten zeitlichen Kapazitäten dafür zurzeit nicht vorhanden sind.

TOP 4, Absprachen:

Das Sozialamt hat die angekündigte Übersicht noch nicht erstellt, Frau Wolter sagt zu, dass diese nachgereicht wird.

Von den Mitgliedern der Steuerungsgruppe wurden keine weiteren Infos zu Dolmetschermöglichkeiten an Frau Becker-Heinrich gegeben. Sie hat Kontakt zum Bundesverband aufgenommen und erfahren, dass eine Überarbeitung des Buches in elektronischer Form bis zum Jahresende geplant ist. Sobald ihr dies vorliegt, erfolgt die Weitergabe an die Mitglieder der Steuerungsgruppe Kinderschutz.

3. Meinungsaustausch und Abstimmung zum weiteren Vorgehen bezüglich der Geschäftsordnung der Steuerungsgruppe Kinderschutz

Der von Herrn Matzke und Frau Becker-Heinrich erarbeitete Entwurf der Geschäftsordnung der Steuerungsgruppe Kinderschutz war allen Mitgliedern zur Prüfung und Vorbereitung zur heutigen Sitzung am 12.05.2015 per E-Mail zugegangen.

Es erfolgte eine kurze Diskussion zu § 4 (2) bezüglich der notwendigen 2/3 Mehrheit zur Beschlussfähigkeit und Abstimmung.

Abstimmungsfrage: Wer ist dafür § 4 (2) beizubehalten?

12 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 0 Enthaltung

Satz 1 Änderung: „rechtsfähiger Zusammenschluss“ wird zu „rechtsfähiges Gremium“.

Absprache:

Der Entwurf wird redaktionell überarbeitet und Genderformulierung erfolgt, damit erfolgt die Streichung der Fußzeile Satz 1.

Die Inhalte des Entwurfes werden mit obenstehender Änderung übernommen.

Beschlussfassung: 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltung

Nach Überarbeitung und Unterschrift erfolgt die Verteilung per Mail an alle Mitglieder der Steuerungsgruppe.

V.: Frau Becker-Heinrich

4. Meinungsaustausch und Abstimmung zum weiteren Vorgehen bezüglich der Konzeption der Steuerungsgruppe Kinderschutz

Das als Entwurf von Herrn Matzke, Frau Dickhoff und Frau Becker-Heinrich überarbeitete Konzept des Netzwerkes Kinderschutz Teltow-Fläming war allen Mitgliedern zur Prüfung und Vorbereitung zur heutigen Sitzung am 12.05.2015 per E-Mail zugegangen.

Da Frau Braune (Kordinatorin Frühe Hilfen) kurzfristig nicht am Treffen der Unterarbeitsgruppe teilnehmen konnte, aber insbesondere der Bereich Frühe Hilfen erweitert in das Konzept aufgenommen werden soll, fragt Frau Becker-Heinrich sie, ob aus Ihrer Sicht weitere Inhalte aufgenommen werden sollten. Frau Braune sieht dazu keinen Bedarf.

Information von Frau von Schrötter, dass sie mit Frau Gussow (JHP) gesprochen habe und die Frage entstand, ob die Steuerungsgruppe des Netzwerkes Kinderschutz nicht als Gremium des nun entfallenen Arbeitskreises Frühe Hilfen genutzt werden könnte.

Frau Braune wird die Frage mitnehmen und in ihrem Sachgebiet erörtern. Frau Krautz und Frau Siems machten darauf aufmerksam, dass Akteure der Frühen Hilfen in allen Regionalkonferenzen Kinderschutz vertreten sind. Frau Becker-Heinrich wies darauf hin, dass Frühe Hilfen lediglich einen Teilbereich des Netzwerkes Kinderschutz darstellen und dass Frau Braune sicher neue Formen der Zusammenarbeit der Akteure der Frühen Hilfen etablieren wird. Frau Braune behält sich eine Entscheidung vor und will sich ebenfalls mit Frau Gussow beraten.

Zum Entwurf des Konzeptes gab es keine inhaltlichen Änderungswünsche. Eine redaktionelle Überarbeitung wird erfolgen, danach erfolgt die Verteilung an alle Mitglieder der Steuerungsgruppe.

Das Konzept wird in der vorliegenden und besprochenen Form übernommen.

Beschlussfassung: 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltung

V: Frau Becker-Heinrich

5. Beratungsthema: Flüchtlinge/Asylbewerber

Herr Ennullat informierte die Anwesenden, dass der Landkreis TF inzwischen die Rückstände der Aufnahmen aus 2014 aufgeholt hat. Entgegen der ursprünglichen Prognosen der zu erwartenden Neuaufnahmen für 2015 in Höhe von mehr 616 Personen, werden mit Stand von Mai 2015 inzwischen mit ca. 1012 Aufnahmen in diesem Jahr gerechnet. Aktuell erfolgen wöchentlich etwa 25 Zuweisungen. Die bereitstehenden Unterkünfte reichen noch bis ca. Ende Juni. Weitere Unterkünfte sind nötig. Der Kreis will eine Unterbringung in Zelten vermeiden, schließt inzwischen eine Belegung der kreiseigenen Turnhallen als Übergangslösung nicht aus. ALREJU habe inzwischen eine Überlastungsanzeige gestellt, so dass bereits aktuell die Verteilung der muF auf andere Einrichtungen der Jugendhilfe in anderen Landkreisen erfolgen muss.

Frau Lindner teilte mit, dass die besondere Herausforderung in ihrem Sachgebiet, die möglichen ION im Rahmen von KWG Mitteilungen darstellen. Die Entscheidung, was dem Kindeswohl dienlicher ist und dies angemessen zu begründen, stellt für die Mitarbeiter immer wieder eine große Herausforderung dar. Daher will sie diese Thematik in der Steuerungsgruppe besprechen, um auch die Ansichten der Mitglieder zu erfahren.

Im vergangenen Fall gab es gute Zusammenarbeit mit der Polizei und eine Beruhigung der Situation, da ambulante Hilfen in der Muttersprache der Familie geleistet werden. Seit der letzten Sitzung sind keine ION durchgeführt worden, aber der Bedarf an HzE in den Übergangwohnheimen steigt. Zudem gibt es keine Möglichkeit der Vorausplanung bezüglich muF, da diese auch von der Polizei im LK TF aufgegriffen werden könnten und dann das JA örtlich zuständig ist- Es fehlen geeignete Einrichtungen für diese Zielgruppe.

Frau v. Schrötter fragt nach, ob auch die Möglichkeit besteht, die muF in der „normalen Bevölkerung“ unterzubringen. Frau Lindner verwies darauf, dass dann wahrscheinlich eine Prüfung, wie bei Pflegeeltern erfolgen müsste. Bisher sind keine Erfahrungen aus anderen Landkreisen bekannt. Die Idee wird mit ins JA genommen.

Frau Lindner informierte die Anwesenden, dass es im Land Brandenburg eine Verfahrensänderung gegeben hat, so dass alle allein reisenden Jugendlichen ab 16 Jahren nicht mehr in ÜWH aufgenommen werden, sondern in Jugendhilfeeinrichtungen. Für diese ist nun ebenfalls ein Vormund zu bestellen.

Sie teilte mit, dass das Jugendamt Inhouse-Fortbildungen in diesem Jahr mit der RAA Trebbin, Herr Spangenberg, durchführen wird.

Themen sind Schulung zum Ausländerrecht und Asylverfahrensrecht, sowie Kulturelle Kenntnisse und Umgang mit Konflikten, bedingt durch fehlende Kenntnisse zum interkulturellen Hintergrund.

Frau Siems und Frau Krautz bekundeten ebenfalls Interesse an diesen Themen. Da die geplante Veranstaltung nur für Mitarbeiter des Jugendamtes angelegt ist, reicht Frau Lindner die Kontaktdaten von Herrn Spangenberg weiter und Frau Siems und Frau Krautz werden mit ihm in Kontakt treten, um Angebote für Netzwerkpartner zu beraten.

Frau Lindner wies darauf hin, dass inzwischen zunehmend Schulen im JA anrufen und um Unterstützung bitten, da sie ebenfalls überlastet sind.

Frau Siems ergänzte, dass auch in den Verwaltungen immer mehr Aufgaben hinzu kommen, ohne personelle oder finanzielle Aufstockung.

Frau Braune gab den Hinweis auf „MiMi“ Migranten für Migranten, die in Berlin verschiedene Projekte initiieren.

Herr Lehnhardt lenkte den Blick auf die bereits im Landkreis vorhandenen vielfältigen Angebote. Er regte an, dass Frau Witt zum nächsten Termin der Steuerungsgruppe eingeladen werden sollte, um die Vernetzung zu verstärken.

Für die R I informierte Frau Bührendt die Anwesenden darüber, dass in Ludwigsfelde inzwischen ein runder Tisch etabliert wurde und dass ein Sommerfest im ÜWH in Planung sei. Die Öffnung der Vereine hat begonnen, so dass die ersten Asylbewerber in Vereine aufgenommen wurden. Das Sportgelände des OSZ Teltow-Fläming kann kostenfrei genutzt werden.

Ein Problem stellen die mangelnden Deutschkurse dar. Der runde Tisch sucht Ehrenamtliche zur Unterstützung.

Als besondere Herausforderung wird die Kontaktaufnahme zu den Frauen mit Kindern beschrieben. Hier gibt es ein niederschwelliges ehrenamtliches Angebot, den „Kaffeeklatsch“ um auf dem Gelände des ÜWH bei Kaffee und Kuchen ins Gespräch zu kommen.

Präventive Angebote der Gesundheitsfürsorge sind nach Information von Frau Bührendt nötig. Sie wies auch auf die schwierige Situation bezüglich der Versuche einer Arbeitsaufnahme hin (Stichwort-Nachrangigkeit).

Nochmals zu prüfen ist ihre Information, dass an der Oberschule Ludwigsfelde sieben muF angekommen seien, da dies weder dem JA noch dem LSA bekannt ist. Sie wird Rückmeldung an die Steuerungsgruppe geben.

Nachtrag:

Eine Nachfrage von Frau Bührendt hat ergeben, dass es sich bei den Jugendlichen nicht um muF's handelt. Vielmehr ist die Information dahingehend korrigiert worden, dass es sich um nicht-deutschsprachige Schüler an der OS Ludwigsfelde handelt.

Frau Kolkmann teilte mit, dass inzwischen auch die Möglichkeit besteht, die Prüfungen der 10. Klassen in einigen anderen Muttersprachen zu absolvieren. Voraussetzung dazu ist jedoch ein frühzeitiger Antrag, da die Vorlaufzeit etwa 3 Monate dauert.

Frau Lindner wies auf die verschiedenen gewaltvollen Erziehungsvorstellungen und -handlungen der Asylbewerber hin. Dies stellt eine weitere Herausforderung im Kinderschutz dar.

Absprache: Das Thema soll in der nächsten Beratung vertieft werden.

Frau von Schrötter sieht hier die besondere Belastung für den SpD, insbesondere, wenn Entscheidung zur Herausnahme auf externen Druck erfolgen würde. Sie wünscht sich eine Stärkung des SpD, wenn diese sich aus sachlichen Gründen gegen eine ION entscheiden. Sie möchte das Thema auch im JHA beraten, damit die Mitglieder über das Vorgehen des SpD informiert sind.

Herr Lehnhardt informierte uns darüber, dass die Polizei auf verschiedene Botschaften zugehen möchte, um im Rahmen der Aus- und Weiterbildung, mehr Hintergrundwissen über die verschiedenen Nationen zu erhalten. Frau Becker-Heinrich interessiert sich als Multiplikatorin ebenfalls dafür und bittet Herrn Lehnhardt, sie möglicherweise einzubeziehen.

Frau Braune stellte die Frage in den Raum, wie der Migrant in die Behörde kommt. Gibt es hier evtl ehrenamtliche Begleitung und Unterstützung?

Da von allen Mitgliedern der Steuerungsgruppe weiterer Austausch und Beratung zu diesem Thema gewünscht wird, wird das Thema auch für die kommende Beratung auf die TO gesetzt und Frau Witt eingeladen.

V: Fr. Becker-Heinrich

Nachtrag: Frau Witt hat den Termin bestätigt.

6. Informationen der Mitglieder aus ihren Bereichen/Zuständigkeiten

Aus zeitlichen Gründen sollten nur die wesentlichsten Informationen mitgeteilt werden, zumal unter TOP 2 und 5 aus den verschiedenen Bereichen bereits Informationen eingeflossen sind.

Die Vertreter der R I-R III verwiesen auf die Protokolle der Regionalkonferenzen Kinderschutz vom Frühjahr 2014.

Region IV

Leider sind beide Sprecher heute verhindert. Frau Dickhoff bittet (über Frau Becker-Heinrich) die Mitglieder der SG um Terminverlegung der Treffen, da sie ab sofort freitags zu der geplanten Zeit aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr an den Treffen teilnehmen könnte. Sie schlägt als Alternativen für dieses Jahr freitags die Zeit von 08:00-10:00 Uhr oder von 13:00-15:00 Uhr vor.

Nach Beratung erfolgte die Entscheidung, den Termin am 02.10.2015 beizubehalten und ggf. die Zeit von 08:00-10:00 für den Termin am 04.12.2015 am 02.10.2015 zu beraten.

Polizei

Herr Lehnhardt gab bekannt, dass in den Monaten August und September der Bereich Prävention stark reduziertes Personal zur Verfügung hat, da Kollegen teilweise AU und/oder in Kur sind. Es werden voraussichtlich nur zwei Mitarbeiter in dieser Zeit als Ansprechpartner zur Verfügung stehen.

Netzwerk Kinderschutz

Informationen zu den Fortbildungsveranstaltungen des Netzwerkes:

Inzwischen fand die Fortbildung in Zusammenarbeit mit der VHS zum Thema wertschätzende Kommunikation am 02.03.2015 statt. Erfreulich war das große Interesse, bedauerlich dagegen, die

geringe tatsächliche Teilnahme. Frau Becker –Heinrich hat dies bereits in allen Regionen rückgemeldet und Verbindlichkeit eingefordert.

Das Grundlagenseminar zum Thema sexueller Missbrauch am 20.04. war voll belegt und mit guten Resonanzen.

Die Veranstaltung zum Thema Kindeswohlgefährdung aus rechtsmedizinischer Sicht war mit ca. 100 Teilnehmern gut besucht und wurde sehr positiv bewertet.

Wegen dem großen Interesse an der Arbeit der Rechtsmedizin, erfolgte die Absprache, dass eine Besichtigung der Gewaltschutzambulanz der Berliner Charité im August erfolgt. Eine begrenzte Teilnehmergruppe hat die Möglichkeit, sich die Örtlichkeiten anzusehen und mit Fr. Dr. Etzold ins Gespräch zu gehen. Mitglieder der Steuerungsgruppe können nach Anmeldung bei Frau Becker-Heinrich (wegen begrenzter Kapazitäten) daran teilnehmen.

Auf Wunsch einiger Netzwerkpartner erfolgte ein Nachdruck der Kinderrechteporellos. Diese sind über die Kinderschutzkoordinatorin erhältlich und liegen auch zur Mitnahme im Jugendamt in verschiedenen Sachgebieten aus.

7. Sonstiges

Herr Ennullat schlägt vor, die Feststellung der Beschlussfähigkeit in die TO der künftigen Sitzungen der Steuerungsgruppe Kinderschutz aufzunehmen.

Termine:

Der nächste Termin der Steuerungsgruppe Kinderschutz ist am 02.10.2015. und findet in der Zeit von 09:00-11:00 Uhr in Raum B4-1-7 statt.

Der letzte Termin des Jahres ist am 04.12.2015, die Uhrzeit wird am 02.10.2015 abgestimmt.